

Michael Sommer

Alle friedlichen Optionen nutzen!



Michael Sommer, geb. 1952 in Büderich, Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, war Stellv. Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), Stellv. Bundesvorsitzender von ver.di und ist seit Mai 2002 Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

„Nie wieder Krieg“ - so lautete die von den meisten Menschen gezogene Schlussfolgerung aus den beiden Weltkriegen des vergangenen Jahrhunderts, an deren Entstehen, Verlauf und entsetzlichen Ergebnissen und Konsequenzen Deutschland jeweils so große Schuld trägt. Nicht von ungefähr heißt es in Artikel 26, Abs. 1 des seit 1949 geltenden Grundgesetzes: *„Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“* Dies ist auch nach mehr als 50 Jahren noch gültige Konsequenz aus der deutschen Geschichte, an der niemand deuteln und rütteln sollte.

Aber schließt diese notwendige und unzweideutige Konsequenz es auch aus, einen Diktator und dessen Regime zu beseitigen, die anderenfalls die Welt mit Krieg und Terror überziehen könnten? Sind nicht den Westmächten im Nachhinein bittere Vorwürfe gemacht worden, dass sie Hitler nicht spätestens 1938 militärisch Einhalt geboten, sondern ihn auf dem Verhandlungswege zu beeinflussen versucht hätten - mit dem bekannten Ergebnis?

Eines steht fest: Saddam Hussein ist ein verbrecherischer und skrupelloser Diktator, der zu allem bereit ist. Aber sein Land ist ausgezehrt und kraftlos, ist militärisch schwach. Die Waffenkontrollen der Vereinten Nationen haben bisher* keine Anhaltspunkte dafür gefunden, dass das Regime Saddam Husseins weiterhin über Massenvernichtungswaffen verfügt. Zweifellos könnte sich aus der Verbindung etwa von biologischen Waffen und internationalem Terrorismus eine höchst brisante und gefährliche Konstellation für die gesamte westliche Welt ergeben. Doch gibt es erhebliche Zweifel, ob man einer derartigen Bedrohung mit einem Krieg gegen den Irak beikommen oder überhaupt beseitigen könnte.

Die internationale Völkergemeinschaft hat das diktatorische Regime Saddam Husseins wiederholt verurteilt und den Irak zur Einhaltung elementarer Menschenrechte aufgefor-

* Anfang März 2003.

dert. Saddam Hussein ist verantwortlich für die Not der Menschen im Irak und die brutale Verfolgung von Minderheiten und politischen Gegnern. Wir unterstützen alle friedlichen Mittel, die geeignet sind, die Situation der Menschen im Irak zu verbessern und die dazu beitragen, die Bedrohung in der krisengeschüttelten Region zu beseitigen. Der DGB wendet sich in dieser Situation entschieden dagegen, diese Ziele mit militärischer Gewalt durchzusetzen.

Die weltweite Auseinandersetzung mit dem Terrorismus und mit Massenvernichtungspotentialen, insbesondere in Händen von Diktaturen, ist Sache der Völkergemeinschaft und nicht eines einzelnen Landes, auch wenn es sich um die derzeit einzige Supermacht handelt. Wenn ein globales Gewaltmonopol als Ultima Ratio in Anspruch genommen werden muss, dann darf dies nur durch die Vereinten Nationen und nach den Regeln des Völkerrechts geschehen.

Der DGB hält die internationale Allianz gegen den Terrorismus nach wie vor für unabdingbar. Er sieht ihr Erfolgsrezept jedoch vor allem in der Bekämpfung von Ursachen. Solange in weiten Teilen der Welt Armut und Elend, politische Unterdrückung und soziale Ausgrenzung zum Alltag der Menschen gehören, wird die Geißel des Terrorismus nicht zu besiegen sein. Neue wirtschaftliche, soziale und entwicklungspolitische Initiativen sind gefragt, nicht der Rückgriff auf militärische Mittel.

Der DGB warnt vor den unkalkulierbaren politischen und ökonomischen Risiken, die eine militärische Intervention im Irak mit sich bringt und die zur Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens führen können. Schlimmer noch ist, dass die ohnehin leidgeprüfte irakische Zivilbevölkerung die Hauptlast der kriegesischen Auseinandersetzung zu tragen hätte.

Der DGB unterstützt die deutsche Bundesregierung in ihrer Haltung, sich nicht an einem neuerlichen Irak-Krieg zu beteiligen. Diese Position wird inzwischen von vielen europäischen und außereuropäischen Ländern geteilt, und sie ist in großen Demonstrationen auf der ganzen Welt, auch in den USA selbst, eindrucksvoll unterstützt worden. Es müssen alle friedlichen Optionen zur Beilegung des Konfliktes genutzt werden. Es ist die Verantwortung der deutschen Bundesregierung, im UN-Sicherheitsrat militärischen Aktionen nicht zuzustimmen und für eine friedliche Lösung zu werben. Es wäre nationale Pflicht der Opposition, der Bundesregierung dabei nicht in den Rücken zu fallen. Parteien, die sich auf christliche Grundwerte berufen, sollten eigentlich keine Mühe haben, die klare ablehnende Haltung der beiden Kirchen zu einem Krieg gegen den Irak nachzuvollziehen.